

BI Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee

Petitionsausschuss  
des Landtages Brandenburg  
Vorsitzende Carla Kniestedt  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Zehdenick, 03.12.2023

**Petition gegen die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen für die Jasper Resources GmbH im beantragten Erlaubnisfeld „Havel A“**

Sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses,  
sehr geehrte Frau Kniestedt,

mit Erlöschen der einstigen Aufsuchungserlaubnis für das Erlaubnisfeld „Zehdenick Nord“ im November 2021, ging ein kollektives Aufatmen durch Zehdenick, Templin und Gransee. Hatte doch das Unternehmen Jasper Resources bereits damals, mit fragwürdigen Aussagen und intransparenter Unternehmensführung für Verunsicherung und Ablehnung gesorgt.

Nun hat Jasper Resources erneut einen Antrag auf die Erteilung einer Aufsuchungserlaubnis beim LBGR in Cottbus gestellt und weckt mit seinen öffentlichen falschen, widersprüchlichen und offensichtlich unrealistischen Aussagen, bereits jetzt wieder das Misstrauen bei Bürgern und Kommunen der betroffenen Region.

So wirbt das Unternehmen u.a. mit Aussagen – „das Projekt von der Fläche her und den Förderzeitraum klein zu halten“, „Bohrarbeiten seien nur von begrenzter Dauer“ und „nach Abschluss der Bohrung werden nur die Rohre und Ventile zur Steuerung des Gasflusses in einer Höhe von 2-3 Metern zu sehen sein“, um Akzeptanz bei den Anwohnern.

Ganz nebenbei wurde bisher erwähnt, dass „daneben eine Anlage zur Aufbereitung des Gases stehen soll.“ Zudem wird mit dem Argument geworben, dass die Einwohner von Zehdenick zukünftig mit preiswerter und umweltfreundlicher Energie aus Geothermie versorgt werden können.

Diese Aussagen widersprechen in eklatanter Weise den Plänen und Möglichkeiten des Unternehmens.

Im 2021 eingereichten Bohrbetriebsplan, für die damals geplante Probebohrung, ist zu lesen, dass der Bohrplatz für eine Probebohrung als Sammelbohrplatz eingerichtet werden soll, von dem zukünftige Förderbohrungen abgetäuft werden. Die Fläche für die „Anlage zur Aufbereitung“ wird mit 50.000 bis 80.000 m<sup>2</sup> und die Höhe notwendiger Kondensationstürme mit 35m angegeben! Aus den Zahlen des Unternehmens ergibt sich zudem ein Förderzeitraum von mindestens 15 Jahren.

Nach dem (!) am 27.11.2023 die letzte Frist für die Abgabe der Stellungnahmen durch die Träger öffentlicher Belange abgelaufen ist, hat Jasper Resources am Abend des 27.11.2023, in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in Zehdenick, erstmals diese Aussagen

bestätigt. Mehr noch - es wurde deutlich gesagt, dass man den möglichen gesetzlichen Förderzeitraum bis 2045 ausnutzen werde, wenn es wirtschaftlich sei. Bei positiver Bewertung der Probebohrung wird es auch keinen Rückbau des Bohrplatzes (wie bisher suggeriert) sondern einen Ausbau zu einem Sammelbohrplatz mit 20000 m<sup>2</sup> Fläche geben, von dem dann bis zu 20 Förderbohrungen abgetäuft werden könnten. Klein und kurz sind also sehr dehnbare Begriffe bei Jasper Resources.

Im direkten Zusammenhang mit der Größe des Projektes, stehen die von Jasper Resources angekündigten Fördermengen. Auch hier kommen erhebliche Zweifel auf. Das Unternehmen kündigt an 1,5 Mrd. m<sup>3</sup> **Erdgas** pro Jahr oder mehr produzieren zu wollen. (Präsentation Landesregierung) Das würde bedeuten, dass es Jasper Resources gelingt, von nur einem Bohrplatz doppelt so viel Erdgas zu produzieren wie das Unternehmen Wintershall DEA im Jahre 2022 mit all seinen Förderfeldern und mehr als 20 Förderstellen in Niedersachsen zusammen. (Wintershalldea.de) Dort wurden 2022, nach Angaben des Unternehmens, 750 Mill. m<sup>3</sup> Erdgas gefördert. Noch unrealistischer werden die Zahlen von Jasper Resources, wenn man den geringen Methangehalt des „Zehdenicker“ Gases von 31,8 % (Jasper Resources) betrachtet. Um 1,5 Mrd. m<sup>3</sup> **Erdgas** zu produzieren, müsste das Unternehmen jährlich mehr als 4,5 Mrd. m<sup>3</sup> Rohgas, von nur einem einzigen Bohrplatz fördern! Im Vergleich mit Wintershall DEA und allen anderen in Deutschland tätigen Unternehmen wären völlig unrealistische, weit über 100 Förderstellen notwendig!

**So widersprüchlich und unrealistisch die Zahlen zu den Fördermengen, sind dann auch Aussagen zu möglichen Steuerzahlungen und die Höhe der Förderabgabe an das Land Brandenburg, welche der Landesregierung im Rahmen der Präsentation von Jasper Resources vorgelegt wurden.**

Darin kündigt Jasper Resources auch eine „Professionelle Kommunikation“ und die frühzeitige Einbindung aller Interessengruppen an. Wie diese aussieht konnten wir als Bürgerinitiative schon direkt erleben. Die Bitte um Zusendung des Erlaubnisansatzes, als Basis für mögliche Gespräche und auch die Beantwortung der Frage nach der Anzahl der Mitarbeiter an den Firmensitzen in den Niederlanden und in Oranienburg, wurden uns von der Geschäftsführung verweigert. (Mailverkehr BI mit Jasper R.) Auch am 27.11.2023 wurde die Beantwortung, der direkt an Herrn Tygesen gestellten Frage nach Mitarbeitern, abgelehnt.

Trotz intensiver Recherchen durch die Bürgerinitiative, findet sich kein Hinweis darauf, dass die Unternehmen Jasper Resources GmbH und BV über mehr Beschäftigte als seine beiden Geschäftsführer verfügen. An den offiziellen Unternehmenssitzen in Brielle und Oranienburg finden sich auch keine Geschäftsräume. Am 27.11.2023 hat Herr Tygesen auf Nachfrage bestätigt, dass es am Unternehmenssitz in Oranienburg nur eine Postadresse gibt.

Ebenso erfolglos blieb die Suche nach weiteren Projekten von Jasper Resources. Schon im Erlaubnisanspruch vom 15.04.2015, wie auch jetzt wieder, verkündet das Unternehmen - Europaweit Öl- und Gasvorkommen erkunden und fördern zu wollen. Auf der alten Website und im Erlaubnisanspruch vom 15.04.2015 (Seite 5) ist gar zu lesen, dass Jasper Resources bereits über Aufsuchungserlaubnisse verfügt und weitere Erlaubnisse in verschiedenen Ländern beantragt habe. Nichts davon gab und gibt es bis heute! Auch dazu hat die BI am 27.11.2023 mehrfach nachgehakt und von Herrn Tygesen dann doch noch die Aussage erhalten: Die Jasper Resources GmbH ist „nur in Zehdenick“ aktiv.

Wie dem Eintrag im Lobbyregister des Bundestages zu entnehmen ist, hat das Unternehmen noch immer Verbindlichkeiten von mehr als 1,7 Mill. € aus früherer Erkundungstätigkeit im

Erlaubnisfeld „Zehdenick-Nord,“ verfügt aber außer einem Stammkapital von 100.000,- € (Eintrag Handelsregister) über keine eigenen finanziellen Mittel zur weiteren Erkundung. Nun wissen wir, dass dem LBGR offensichtlich Dokumente vorliegen, die darauf schließen lassen, dass die für die weitere Aufsuchung veranschlagten 20 Mill. € durch Investoren zur Verfügung gestellt werden. Wie aber sieht es mit den notwendigen, mehreren Hundert Mill. € aus, die für die Schaffung der notwendigen Infrastruktur zur Gasförderung notwendig werden? Allein die Kosten für die Aufbereitungsanlage liegen, nach bestätigenden Aussagen von Jasper Resources am 27.11.2023, bei ca. 500 Mill. €!

Wir wissen auch, dass die Fragen nach den dafür notwendigen finanziellen Mitteln und der Leistungsfähigkeit des Unternehmens, in Hinsicht auf ein mögliches zukünftiges Bewilligungsverfahren, im gegenwärtigen Antragsverfahren (leider) keine Rolle spielen – obwohl das BbergG bereits bei Erlaubniserteilung verlangt, dass der Antragsteller glaubhaft macht, über finanzielle Mittel für alle nach §2 Abs. 1 BbergG im Zusammenhang stehenden Arbeiten, zu verfügen. Tut er das nicht, ist die Erlaubnis nach § 11 Absatz 7 BbergG zu versagen! Diese Aussage ist eindeutig, wurde aber bereits im ehemaligen Erlaubnisverfahren „Zehdenick Nord“ vom LBGR aufgeweicht. Dazu verweisen wir auf die Petition der Bürgerinitiative vom 27.01.2021, in der wir ausführlich Stellung zum Verhalten des LBGR genommen haben.

Angesichts der vielfältigen Widersprüche in öffentlichen Aussagen des Unternehmens und dessen Strukturen, mit den aus Dänemark agierenden Geschäftsführern für die kreditgebende Muttergesellschaft mit lediglich einer Postanschrift in den Niederlanden und der als Antragsteller fungierenden, kreditnehmenden Tochtergesellschaft, mit lediglich einer Postanschrift in Oranienburg, erwarten wir bereits jetzt eine vorausschauende Prüfung des vorliegenden Erlaubnisanspruches und den, aus einer Erlaubniserteilung heraus erwachsenen möglichen Folgen für die betroffene Region, bis hin zu den Auswirkungen einer langjährigen Gasförderung auf das Klima.

Auch wir Mitglieder der Bürgerinitiative und die Zehdenicker Bürger wissen um die Herausforderungen der gegenwärtigen geo- und energiepolitischen Veränderungen. Das Projekt „Havel A“ wird aber selbst bei den von Jasper Resources genannten, unrealistischen Fördermengen, keinen signifikanten Einfluss auf die Energiesicherheit in Deutschland haben. Dieser läge derzeit bei ca. 1 bis 1,5 % des jährlichen Erdgasbedarfes in Deutschland. Genannte Gründe lassen diesen Anteil und damit auch die angeblichen positiven Effekte auf das Klima völlig unrealistisch erscheinen. Im Gegenteil - Erdgas trägt zu einem erheblichen Teil zum Klimawandel bei und neue Erdgaslagerstätten zu erschließen, mit seinem riesigen Ressourcen- Verbrauch (Rohstoffe, Energie, Wasser usw.) wird zum Teil des Problems. Die Bundesregierung hat inzwischen langfristige Lieferverträge für Erdgas abgeschlossen, die auch nur wenig reduziert werden könnten, wenn geringe deutsche Gasmengen hinzukommen würden. Auch aus diesem Grund besteht keine Notwendigkeit zur Erschließung weiterer und schon gar nicht solcher minderwertigen Vorkommen. Damit werden lediglich die fragwürdigen unternehmerischen Profit-Interessen von einzelnen Personen bedient. In den Gasförderländern, aus denen Deutschland jetzt und zukünftig Gas und/oder LNG importiert, wird kein einziger m<sup>3</sup> weniger Erdgas produziert, nur weil Jasper Resources, als Pseudo- Unternehmen seiner Geschäftsführer, in Zehdenick vom großen Geld träumt.

Angesichts der kreditfinanzierten massiven Investitionen, die gerade für die teure und

energieintensive Aufbereitung des minderwertigen Gases notwendig werden, ist es nicht glaubhaft, dass Jasper Resources „sein“ Erdgas bzw. LNG-Gas (!), unter Marktwert und damit „preiswert“ anbieten würde, wie es in öffentlichen Aussagen verkündet.

Wir könnten an dieser Stelle noch auf klimapolitische Ziele der Weltgemeinschaft, auf Vorgaben der EU und des Bundes zur Klimaneutralität und unzählige Studien zum Einfluss der Gasförderung auf Klimaveränderungen usw. eingehen. Diese kennen Sie aber sicher zur Genüge. Nahezu täglich erleben wir Alle am eigenen Leib, wie rasant sich die Klimaveränderungen vollziehen. Es bleibt also abzuwägen. Opfern wir unsere Natur und (dramatisch ausgedrückt) das Überleben der Menschheit für ein kleines bisschen mehr fragwürdiger Energiesicherheit oder tragen wir als Politiker und Bürger unseren Beitrag zum Schutz von Mensch, Natur, Umwelt und Klima bei?

In bisherigen Aussagen hat Jasper Resources den Eindruck vermittelt, dass ihre Erkenntnisse zu den geothermischen Voraussetzungen in Zehdenick dazu führen, dass die Bewohner bald von umweltfreundlicher und günstiger Wärme profitieren könnten. Auf mehrfache Nachfrage des Geschäftsführers der Stadtwerke Zehdenick am 27.11.2023, zu den technischen Einzelheiten bei der Verbindung von Erdgasförderung und Geothermie, musste Herr Tygesen, als Geschäftsführer von Jasper Resources, nach einem fehlerhaften Vortrag seines Beraters, eingestehen, dass es „dafür noch keine Technologie“ gebe. Damit erweisen sich auch diese Aussagen als pure Täuschung der Öffentlichkeit.

Augenscheinlich versucht Jasper Resources gerade mit **allen** Mitteln in den Besitz der Aufsuchungserlaubnis zu gelangen. Eines muss Allen klar sein – ohne Aufsuchungserlaubnis ist das Unternehmen wertlos. Nur mit einer vorliegenden Erlaubnis können Investoren gewonnen werden, von deren Geldern Jasper Resources dann externe Unternehmen, auch mit Planungs-, Beratungs- und Auswertungsarbeiten, beauftragen kann. Da beide Geschäftsführer Inhaber und beteiligt an solchen Unternehmen in Dänemark sind, vermuten wir, dass auch diese mit solchen Aufgaben betraut wurden und werden. So könnte allein der Besitz der Aufsuchungserlaubnis, weitere 5 Jahre für Arbeit und lukrative Einkommen sorgen, ohne das die Erdgasförderung tatsächliches Ziel der Herren Larsen und Tygesen sein muss.

Jasper Resources Bemühen um ein leistungsfähiges, seriöses und transparentes Auftreten im Antragsverfahren und gegenüber den betroffenen Bürgern erweist sich bereits jetzt als äußerst unglaubwürdig und widerlegbar. Die externen Kommunikationsberater (Brunswick Group) sollen ganz offensichtlich ihre Kontakte in die Politik einbringen, die berechtigten Fragen und Kritik der betroffenen Bürger aber abwiegeln, wie am 27.11.2023 eindrücklich gezeigt wurde.

Und noch etwas bereitet den Mitgliedern unserer Bürgerinitiative, die sich auch anderweitig gesellschaftlich und sozial engagieren, große Sorgen.

Auch in Zehdenick ist das Unverständnis und die Unzufriedenheit mit vielen politischen Entscheidungen auf Länder- und Bundesebene täglich spürbar. Der Willen der Bürger wurde in Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung (Nov. 2019) und des Kreistages Oberhavel (Mai 2020), welche die Erkundung und Förderung von Erdgasvorkommen in der Region ablehnen, manifestiert. Jeder Versuch der Bundes- und Landespolitik, Entscheidungen über die Köpfe der betroffenen Bürger und Behörden hinweg durchzusetzen, gefährdet weiter den sozialen Frieden und führt zu noch mehr Politikverdrossenheit.

**Fazit:**

Das Projekt „Havel A“ wird mit ca. 100.000 m<sup>2</sup> Flächenbedarf, 35 m hohen Kühltürmen und bis zu 20 Bohrungen, deutlich größer und sichtbarer als bislang öffentlich gemacht wurde und trotzdem keinen signifikanten Beitrag zur Energiesicherheit und zum Klimaschutz Deutschlands leisten.

Jasper Resources wirbt mit falschen, irreführenden und unrealistischen Aussagen um Zustimmung zum Projekt bei Anwohnern, Behörden und Politik.

Mit den unrealistischen Zahlen zu Förderraten, den massiven und kreditfinanzierten Investitionskosten und dem Sitz der kreditgebenden, von Investoren abhängigen Muttergesellschaft in den Niederlanden, bleiben die Gewinnaussichten fraglich. Damit sinken die propagierten Steuerzahlungen und Abgaben erheblich, wenn nicht gar gegen Null. Die Angaben zur möglichen Nutzung von Geothermie, zeigen sich aufgrund fehlender Technologien, technisch nicht realisierbar.

Die angekündigte Kommunikations- und Transparenzoffensive des Unternehmens entpuppt sich bereits jetzt als Täuschungsmanöver.

Die weitere Erkundung und mögliche Förderung von Erdgas, wird das Klima weiter belasten und birgt unabsehbare Risiken für Gesundheit, Natur, Umwelt und Wasserreserven.

Einem Unternehmen, dass die betroffenen Bürger, Behörden, Landes- und Bundespolitik mit nachweislich völlig unzutreffenden Informationen täuscht, muss die Erlaubnis nach § 11 Absatz 6 BbergG versagt bleiben!

Zu den öffentlichen Interessen, die ohnehin einer späteren Betriebsplanzulassung entgegenstehen können, gehört spätestens seit Inkrafttreten des Klimaschutzgesetzes auch der Klimaschutz. Das Klimaschutzgesetz verlangt u.a., die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mind. 65 %, bis 2040 um mind. 88 % und bis 2045 so weit zu mindern, dass bis dahin Netto- Treibhausgasneutralität erreicht wird (§ 3 KSG) sowie die Einhaltung sektorbezogener Jahresemissionsmengen gemäß § 4 KSG. Unabhängig vom Fortgang der juristischen Auseinandersetzung, möchten wir diesbezüglich auch auf das aktuelle Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg vom 30.11.2023 hinweisen. Vor diesem Hintergrund kann für fossile Brennstoffe nicht mehr wie in der Vergangenheit davon ausgegangen werden, dass die Sicherung solcher fossiler Rohstoffe, deren Nutzung mit hohen Treibhausgasemissionen verbunden ist, ohne weiteres im öffentlichen Interesse liegt (vgl. die sogenannte Rohstoffsicherungsklausel in § 48 Abs. 1 Satz 2 BbergG). Vielmehr muss befürchtet werden, dass jeder jetzt begonnene zusätzliche Aufschluss fossiler Rohstoffe, schon während der Nutzungsdauer einer entsprechenden – später folgenden – Bohrung zusätzliche Anstrengungen für negative Emissionen erfordert. Mit anderen Worten: Wenn jetzt noch fossile Brennstoffe mühsam aus dem Erdinnern erschlossen werden, müssen künftig noch mehr Anstrengungen zur Erreichung von Klimaneutralität unternommen werden.

Vor diesem Hintergrund verlangt § 48 Abs. 2 BbergG i.V. mit dem KSG, dass vor jedem neuen Aufschluss fossiler Rohstoffe, deren Nutzung langfristig Treibhausgasemissionen verursacht, die Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Klimaschutzgesetz, im Rahmen einer gesonderten Klimaschutzprüfung geprüft wird. Zu prüfen ist, wieviel Treibhausgas durch das geplante Vorhaben – sowohl durch etwaige mit der Aufsuchung und Gewinnung freigesetzten Treibhausgasemissionen als auch durch Verbrennung des geförderten Erdgases – während seiner voraussichtlichen Nutzungsdauer freigesetzt wird und ob und inwieweit

Klimaschutzziele diesem Vorhaben entgegenstehen.

Wir halten es daher für angemessen und notwendig, die Erlaubniserteilung – gerade auch unter dem Aspekt der im weiteren Verlauf beabsichtigten Förderung – den genannten Argumenten folgend, einer vorausschauenden Prüfung zu unterziehen. An dieser Stelle möchten wir noch auf die Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz auf der Weltklimakonferenz COP 27 hinweisen. **Wörtlich: Wir werden aus den fossilen Brennstoffen aussteigen. Ohne Wenn und Aber. Es darf keine weltweite Renaissance der fossilen Energien geben. Und für Deutschland sage ich: Es wird sie auch nicht geben!** Geht Brandenburg hier eigene Wege, verhilft es den fossilen Energieträgern zu einer jahrzehntelangen Renaissance, den Vertretern der Öl- und Gasindustrie zu weiteren Gewinnen zu Lasten der Allgemeinheit und nachfolgender Generationen und stellt zusätzlich den Bundeskanzler weltweit öffentlich bloß.

**Einer Erlaubniserteilung steht also § 11 Abs. 6,7 und 10 BbergG entgegen.**

Sehr geehrte Frau Kniestedt, verehrte Mitglieder des Petitionsausschusses - die Landesregierung, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie mit seiner ausführenden Behörde dem LBGR, haben die Möglichkeit unsere Angaben zu prüfen, Antworten von Jasper Resources einzufordern und zu bewerten, welche wir als Bürgerinitiative niemals erhalten würden - wie wir am 27.11.23 eindrücklich erleben mussten. Lassen Sie nicht zu, dass die Einwohner von Zehdenick zum Spielball unternehmerischer und energiepolitischer Spekulationen werden und am Ende die Zeche für vorschnelle Entscheidungen zahlen müssen.

Neben den anhängenden Anlagen, verweisen wir auch auf die Website des Unternehmens „jasperresources.de“.

Für Nachfragen oder Gespräche stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Bürgerinitiative Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee  
Ralph Riesenberg (Sprecher)

Anlageverzeichnis:

Postwurfsendung von Jasper Resources  
Power Point Präsentation von Jasper Resources für die Landesregierung  
Erlaubnis Antrag vom 25.04.2015  
Mailverkehr mit Herrn Tygesen und Berater Herrn Heims  
Firmennachweis der Geschäftsführer